

Der Textil-Arbeiter

Vereinzelt seid Ihr Nichts. Vereinigt Alles!

Organ des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes

Erscheint jeden Freitag. — Abonnementspreis pro Vierteljahr 4,50 Mk., wozu noch das Porto oder bei Bezug durch die Post das Bestellgeld hinzukommt.

Redaktion und Expedition:
Berlin O. 27, Andreas-Straße 61 III
Telephon: Amt Königstadt, Nr. 1076.

Inserate pro 3gespaltene Petitzeile 2 Mk., Arbeitsmarkt 50 Pf. Alle Inseraten, Abonnements- und Verbandsgelder sind an Otto Sehm s, Berlin O 27, Andreasstr. 61 II, zu richten. Postfachkonto Berlin 5386.

Inhalt: Eine sehr berechtigte Mahnung. — Aus der Textilindustrie des Auslandes (I). — Die Gewerkschaften Deutschlands während der Kriegszeit — Erweiterung der Reichswochenhilfe. — Eine Vorstandskonferenz der gewerkschaftlichen Zentralverbände. — Aus dem Haushalt der Filiale Gera des Deutschen Textilarbeiterverbandes im Jahre 1914. — Aus der Bewegung in der Textilindustrie. — Soziales. — Berichte aus Fachkreisen. — Verlassen. — Dichtung. — Verbandsanzeigen. — Feuilleton: Kalisch.

Eine sehr berechtigte Mahnung.

Ein treuer Verbandskollege, der lange Zeit Kassierer in einer unserer Filialen in Sachsen-Altenburg war, sich aber gegenwärtig im Kriege befindet, teilt uns mit, daß es die Kollegen im Kriege mit ihm nicht verstehen können, daß die zu Hause Gebliebenen so gleichgültig gegen ihre eigenen wirtschaftlichen Interessen sein können. Er schreibt:

„Wir opfern hier unsere Gesundheit und unser Leben, wir opfern hier unser alles, und den Kollegen zu Hause sind die Beiträge zu hoch und es ist ihnen zu viel Arbeit und zu umständlich, alle 4 Wochen einmal in die Versammlung zu gehen. Wo bleiben denn die Opfer der Kollegen daheim? Viel freundiger und leichter würden wir hier die Entbehrungen usw. ertragen, wenn wir die Gewißheit hätten, daß die Kollegen daheim, wo jetzt so viele fehlen, mit um so größerem Eifer für unsere Sache arbeiten. Denn darüber sind wir uns klar: Wenn dieser fürchterliche Krieg vorbei sein, müssen wir mehr denn je auf dem Posten sein, um das Errungene zu erhalten.“

Und am Schlusse des Briefes heißt es:

„Darum, Ihr Kollegen, die Ihr zu Hause Euer warmes Bett und Eure Ordnung habt, die Ihr von den Strapazen und Entbehrungen des Feldzuges direkt verschont bleibt, tuet uns zu Liebe schon die Errungenschaften der Organisation festhalten. Wahrt Eure eigenen Interessen und tretet sie nicht mit Füßen. Agitiert und werbet neue Mitglieder und besuchet fleißig die Versammlungen!“

Mit kollegialem Gruß

Euer Kollege R

Wer ist gewissenlos genug, diese ernste Mahnung zu überhören?

Aus der Textilindustrie des Auslandes.

I.
Gerade weil die Textilindustrie Deutschlands eine Weltindustrie ist und hoffentlich auch bleiben wird, haben die deutschen Textilarbeiter auch ein nicht geringes Interesse an dem Gange der Entwicklung der Textilindustrie des Auslandes. Es wurde zu Beginn des Krieges die Befürchtung ausgesprochen, daß die deutsche Textilindustrie dadurch, daß die deutsche Handelsflotte lahmgelegt ist, erhebliche Einbuße auf dem Weltmarkt erleiden würde. Es hieß, die englische Textilindustrie würde durch die Lahmlegung des deutschen Textilwareneports erheblich gewinnen, da ja der englische Ueberseehandel dank der starken englischen Kriegsflotte nicht behindert werden würde. Auch von Amerika wurde gesagt, daß es erhebliche Anstrengungen machen werde, um der deutschen Textilindustrie in der Zeit ihrer Lahmlegung während des Krieges Absatzgebiete abzugewinnen. Daher ja auch im Anfang des Krieges das fürchte Gerücht, der Krieg werde drei, nach einer anderen Lesart gar 20 Jahre dauern. Nach Berechnungen von Männern, die den Einblick in die Kostenfrage des Krieges und seiner Verbündeten täglich 64 Millionen, bei den feindlichen Staaten Deutschlands gar täglich 150 Millionen Mark, in 10 Tagen also 1 1/2 Milliarden Mark. Diese Unkostenziffern des Krieges zeigen schlagend, daß gar keine Rede sein kann von einer drei- oder gar zwanzigjährigen Dauer des Krieges. Zudem aber kommt, daß, was zu Beginn des Krieges nicht vorausgesehen war, infolge der Umdälzungen auf dem Gebiete der Kriegstechnik, Englands Kriegsflotte gar nicht in der Lage ist, die englische Handelsflotte so zu schützen, daß die englische Textilindustrie in die Lage käme, durch preiswerte Angebote den Auslandsmarkt der deutschen Textilindustrie an sich zu reißen. Im Gegenteil! Der Auslandsverkehr der englischen Textilindustrie ist, nicht nur nach den kriegsführenden, sondern auch nach den neutralen Ländern, stark zurückgegangen. Die Ziffern, die das beweisen, haben wir in den Nummern 2 und 6 dieses Jahrgangs gebracht. Jene Ziffern in Nr. 6 drückten den Wert des Lancashireer Baumwollindustries, in der Lage, Ziffern bekanntzugeben, die auch das Quantum des Rückganges beweiseten.

Nach einer Zusammenstellung des Londoner „Economist“ wurden in den letzten drei Jahren aus dem Bezirk von Lancashire an Baumwollwaren verschifft:

	im Dezember	im ganzen Jahr
1912	18 314 500 engl. Pfund	243 850 400 engl. Pfund
1913	17 207 100 „ „	210 099 000 „ „
1914	9 966 000 „ „	178 527 800 „ „

Auch nach China ist der Export von Baumwollartikeln ganz enorm zurückgegangen. Was liefert England hauptsächlich nach China? Nun Baumwollwaren, sogenannte

Piecegoods. Nachstehend das Ergebnis der Ausfuhr in den fünf letzten Monaten der zwei letzten Jahre:

	1913	1914
August	62,11	28,08
September	57,65	17,57
Oktober	62,22	20,07
November	61,34	17,81
Dezember	60,42	21,68
Ges. 303,74	105,16	

Im Jahre 1913 legte England also im Durchschnitt pro Monat 60 Millionen Yards Baumwollgewebe in China ab und im Jahre 1914 nur durchschnittlich 20 Millionen Yards pro Monat.

Auch die englische Spitzenindustrie hat große Einbuße bei der Ausfuhr erlitten.

Aus Nottingham wird berichtet, daß die Ausfuhr an Baumwollspitze und Patentküssen im Dezember 1914 nur 163 922 Pfd. St. betragen hat, gegen 370 469 Pfd. St. im Dezember des Vorjahres. Es ist das ein ungeheurer Rückgang, der sich natürlich auch in der Gesamtausfuhr des Jahres 1914 spiegelt. Diese betrug in Nottingham nur 3 487 155 Pfd. St. gegen 4 108 438 Pfd. St. im Jahre 1913.

In Preston hat sich ein Komitee gebildet, welches die Errichtung von Spitzen- und Stickerfabriken, und zwar für solche Waren plant, die bisher in der Hauptsache vom Festlande geliefert wurden. — In bezug auf den brasilianischen Markt sollen im Verein mit französischen Baumwollwarenfabrikanten Maßnahmen getroffen werden, um dieses Absatzgebiet vollständig zu erobern. — Interessant ist der Plan der Bradforder Garnhersteller, welcher dahin geht, die österreichischen und deutschen Plüsch- und Krimmerfabrikanten für den Bezug von Mohärgarnen, die eine Spezialität Englands sind, nach dem Kriege zu sperren. Man will in England Amerika und Frankreich, welche Länder große Abnehmer für die aus Mohärgarnen erzeugten Waren sind, Fabriken für letztere errichten. Da die Türkei Mohärwollen liefert, glaubt man auch diese ausschalten zu können, wenn man die Wolle aus Südafrika, welches angeblich dreimal soviel als die Türkei erzeugt, bezieht.

Vom Baumwollmarkt in Manchester wird gemeldet, daß es zwar nicht an Anfragen wegen Ware fehlte, auch nicht an solchen aus überseeischen Ländern, aber es komme nicht in dem gewünschten Umfange zu Abschüssen, weil die Preise zu hoch seien. Da inzwischen durch die Bekanntmachung der deutschen Marineverwaltung, das Seengebiet rings um Großbritannien herum als Kriegsgebiet zu betrachten, viele englische und neutrale Schiffsfahrtslinien den Verkehr eingestellt haben und die Schiffsfrachten noch weiter rapid in die Höhe gegangen sind, so ist wohl wenig oder gar keine Aussicht vorhanden, daß die Lage der englischen Textilindustrie so werden könnte, wie es nötig wäre, um der deutschen Textilindustrie den Absatzmarkt abzunehmen. An diesen unerwartet eingetretenen

Schwierigkeiten der englischen Schifffahrt dürften auch die Bemühungen erfolglos zerschellen, die die englischen Kaufleute gegenwärtig machen, um die Absatzgebiete des deutschen Außenhandels an sich zu reißen. Sie haben bekanntlich auch den Plan gezeitigt, möglichst bald eine Ausstellung jener Waren zu veranstalten, die bisher von Deutschland und Oesterreich-Ungarn nach England ausgeführt wurden und die jetzt angeblich auch in England ausgeführt werden können. Nun erzählt man, daß umfassende Vorbereitungen zu dieser Ausstellung bereits getroffen werden. Sie soll in der Centralhalle (Westminster) in London stattfinden und reich besichtigt werden.

Auch von der französischen Textilindustrie wurde kürzlich in der Presse behauptet, sie versuche der deutschen Textilindustrie Absatzgebiete abzutreiben. Dazu dürfte sie wohl in kaum einer Beziehung in der Lage sein; höchstens könnte die Seidenindustrie in Lyon eine Ausnahme machen, da sie, weit vom Kriegsschauplatz entfernt, den Betrieb ohne erhebliche Störungen aufrechterhalten kann. Doch auch da scheint es nicht zu klappen; wenigstens nicht soweit die Gebiete der Seidenraupenzucht in Frage kommen. Denn die französischen Departements, in denen die Seidenkultur zu Hause ist, sandten eine Abordnung von Vertretern zum Handelsminister, um die Aufmerksamkeit der Regierung auf die große Krisis zu lenken, welche gegenwärtig infolge des Krieges die Industrie der Seidenspinnerei erleidet, und auf die Gefahr, von der infolgedessen die französische Seidenkultur bedroht wird. Die Abordnung unterbreitete verschiedene Vorschläge, wie dieser Krisis abzuwehren wäre. Der Handelsminister versprach, sie eingehend zu prüfen.

Was die übrige französische Bekleidungsindustrie betrifft, so beschäftigen sich die beteiligten Kreise in Frankreich zurzeit mit der Frage, ob denn Frankreich noch weiterhin seinen eigenen Bedarf an Bekleidungsgegenständen decken könne. Die überwiegende Mehrzahl der Fachleute ist der Ansicht, daß die Frage, sofern der Krieg noch längere Zeit andauert, verneint werden muß, da alle Vorbereitungen für eine Betätigung, sei es im Wollen-, Baumwoll- oder Leinengewerbe, fehlen. Selbst wenn eine geregelte Rohstoffversorgung in der Wollindustrie möglich wäre, sind weder für die Spinnerei noch für die Weberei auch nicht annähernd die benötigten Arbeitskräfte vorhanden. Für die Wollwarenhersteller in Sedan, Elbeuf, Jourdies, Reims, Amiens, Roubaix und Tourcoing fällt außerdem noch erschwerend die Tatsache ins Gewicht, daß die deutschen Truppen entweder diese Plätze besetzt haben oder daß sie im Bereiche kriegerischer Operationen liegen. Kann auch vielleicht dem Bedarf der Zivilbevölkerung für Wollartikel noch einige Zeit durch Vorräte, welche in der Provinz oder in Paris bestehen, genügt werden, so darf nicht unbeachtet bleiben, daß Sedan und Elbeuf die Hauptlieferanten der Seeresverwaltung darstellen, deren Bedarf sich täglich steigert. Im Baumwollgewerbe liegen die Verhältnisse ähnlich, doch ist, wie zuverlässig berichtet wird, eine Befürchtung, daß in absehbarer Zeit eine Deckung des Bedarfes darin nicht möglich sein wird, nicht vorhanden. Daß für Bedarfsgegenstände aus Leinen und

Sute schon heute ein Mangel besteht, dem auch nicht abzu-

helfen sein wird, darüber ist man sich schon jetzt klar. Also die französische Textilindustrie, wenigstens die der Leinen-, Woll- und Baumwollbranche, wird kaum in der Lage sein, den Bedarf des eigenen Landes zu decken und gar nicht daran denken können, der deutschen Textilindustrie Absatzgebiete abzunehmen. Ja mehr noch! Die französische Baumwollindustrie hat gegenwärtig auf ihrem amerikanischen Absatzmarkt eine scharfe Konkurrenz der amerikanischen Baumwollindustrie zu bestehen. Es war vorauszu sehen, daß die amerikanische Textilindustrie die Zeit des Weltkrieges, wo die Textilindustrie der am Kriegsbeteiligten Länder auf dem europäischen Kontinent vom Weltmarkt nahezu abgeschnitten ist, dazu benutzen würde, in die Absatzgebiete der Textilindustrie des europäischen Kontinents einzudringen. Auch da befürchtete man bei uns, daß diese Unternehmen sich in erster Linie gegen die deutsche Textilindustrie richten würde. Das wird ja wohl auch zutreffen. Allein die Amerikaner treffen mit ihren Anstrengungen auch die französische Baumwollindustrie. Das große Warenhaus Wanamaker in New York hatte vor kurzem eine Ausstellung von nur in Amerika fabrizierten Baumwollstoffen veranstaltet, für die mit dem Schlagwort: Amerikanische Moden für amerikanische Frauen große Propaganda gemacht worden war. Von den dort ausgestelltsten Waren wurde nachher lobend gesagt, sie seien von einer Beschaffenheit gewesen, daß ein großer Teil von ihnen als „aus Paris importiert“ hätte gelten und bezahlt werden können.

Der Spindelbestand der französischen Baumwollspinnereien beträgt gegenwärtig etwa 7,40 Millionen Spindeln gegen 4,90 Millionen im Jahre 1890. Eine ähnliche Spindelzahl hat Rußland, das mit 7,70 Millionen Spindeln versehen ist, während mit viel größeren Zahlen Deutschland (10,2 Millionen), die Vereinigten Staaten (32,2 Millionen) und namentlich Großbritannien (59,3 Millionen) aufwarten können. In bezug auf die Zahl der Webstühle steht das französische Baumwollgewerbe mit 108 000 Stühlen ebenfalls weit hinter Rußland (213 179), Deutschland (230 200), den Vereinigten Staaten (696 387) und Großbritannien (805 452), sogar hinter Oesterreich-Ungarn (170 000) und Italien (140 000). Der jährliche Baumwollverbrauch Frankreichs wird auf 1 120 000 Ballen angegeben, wogegen Rußland 1,4 Millionen, Deutschland 2 Millionen, Großbritannien 4,3 Millionen und die Vereinigten Staaten 6 Millionen Ballen beanspruchen. Der Wert der Rohbaumwolleinfuhr beziffert sich für 1913 auf 432,96 Millionen Mark, Deutschland importierte im gleichen Jahre für 587,29 Millionen Mark, Großbritannien für 1354,96 Millionen Mark Rohstoff. Die Zahl der Betriebe in Frankreich übersteigt zwar mit 430 Etablissements die des Deutschen Reiches, das nur 372 Betriebe hat, aber es entfällt in Frankreich auf den einzelnen Betrieb im Durchschnitt eine weit geringere Arbeiterzahl. Die letzte Zählung ergab rund 160 000 Arbeitskräfte, was rund ein Fünftel der in der gesamten französischen Textilindustrie tätigen Personen ausmacht. In der deutschen Baumwollindustrie waren weit mehr als doppelt soviel Arbeiter beschäftigt. Der Anteil der französischen Baumwollindustrie an der Weltproduktion ist derart, daß auf Frankreich ungefähr 5 Proz. der Spindeln und 3,8 Proz. der Webstühle kommen. Dagegen beläuft sich die deutsche Quote auf 6,8 Proz. der Spindeln und 8,2 Proz. der Webstühle. Der Export an Baumwollfabrikaten war recht bedeutend und kam 1913 mit 294 Millionen Mark dem Seidenwarenxport (300 Millionen Mark) fast gleich. Den Wollwarenxport (169 Millionen Mark) übertraf er um etwa 125 Millionen Mark. Allerdings steht dieser Ausfuhr eine Einfuhr von Baumwollergzeugnissen gegenüber, die aber infolge des kräftigen Zollschutzes verhältnismäßig nicht erheblich war. Eine sehr starke Quote der Einfuhr ist dank den Eigentümlichkeiten der französischen Wirtschaftspolitik nach den eigenen Kolonien des Landes gelenkt worden, wo die französischen Erzeugnisse einer Vorzugsbehandlung, ja sogar einer Art Monopol sich erfreuen. Die französische Baumwollindustrie hat ihren Sitz hauptsächlich in der Normandie (Rouen), im Departement du Nord (Lille, Roubaix, Tourcoing) und im Vogesengebiet (Epinal usw.). Ueber die Entwicklung der amerikanischen Textilindustrie usw. in einem zweiten Artikel.

Die Gewerkschaften Deutschlands während der Kriegszeit.

Von Karl Legien, M. d. R. *)

Wie die Arbeiterorganisationen in allen Ländern, so wurden auch die Gewerkschaften Deutschlands von dem furchtbaren Unglück des Weltkrieges völlig überrast. In den letzten Tagen vor Kriegsausbruch veranstalteten die organisierten Arbeiter Deutschlands noch große Kundgebungen für die Erhaltung des Friedens. Ihr Einfluß war nicht stark genug, um die Arbeiterklasse und die Nationen vor dem schrecklichen Weltbrand, dessen Zeugen wir seit fast sechs Monaten sind, zu bewahren. Andere Faktoren trafen die Entscheidung. Die Arbeiterklasse stand vor einer vollendeten Tatsache. Als der Deutsche Reichstag am 4. August 1914 zusammentrat, waren die Kriegsheere an den Grenzen bereits aufeinander gestoßen.

Die Befürchtung, daß mit der Erklärung des Kriegszustandes die Arbeiterorganisationen aufgelöst, ihre Presse und die Versammlungen verboten werden würden, erfüllte sich erfreulicherweise nicht. Die Gewerkschaften hatten ihrerseits in einer Konferenz am 2. August 1914 Vorfrage für einen solchen Fall getroffen. Das Gegenteil von dem, was zu erwarten stand, trat ein, und gegenwärtig ist wohl kaum mehr zu befürchten, daß eine Störung der gewerkschaftlichen Organisationsarbeit eintreten könnte.

Nicht, daß die Gewerkschaften ihre Anschauungen und Tendenzen geändert hätten. Sie sind ihren Grundtendenzen treu geblieben, sie haben auch während der Kriegszeit sich den gleichen Aufgaben gewidmet, die sie während der Zeit des Friedens unter den Nationen zu erfüllen suchten: Sicherung der Lebenshaltung der Arbeiterklasse, Hilfeleistung für die in Not befindlichen Mitglieder.

Eine Entscheidung in allgemein politischen Fragen steht den Gewerkschaften in Deutschland nicht zu. Diese ist von der sozialdemokratischen Partei zu treffen, der, wie bekannt, der größte Teil der Gewerkschaftsmitglieder angehört. Eine Stellungnahme seitens der gewerkschaftlichen Organisationen zu der Frage der Bewilligung der Kriegskredite und der von der überwiegenden Mehrheit der sozialdemokratischen Fraktion des Reichstages während der Kriegszeit verfolgten Politik hat nicht stattgefunden. Die Gewerkschaftsorgane selbstverständlich diese Dinge nicht stillschweigend übergehen. Von einer kaum in Betracht kommenden Ausnahme abgesehen, billigt die Gewerkschaftsorgane Deutschlands das Verhalten der sozialdemokratischen Fraktion in der Frage der Kriegskredite. Hierbei läßt sich die Presse der Gewerkschaften von dem Gedanken leiten, daß an der Tatsache des Weltkrieges nichts zu ändern ist. Obgleich wir international sind und es bleiben werden, trotz allem, was sich in den letzten Monaten ereignet hat, so ist eine leistungsfähige internationale Organisation nur möglich, wenn die nationalen Organisationen stark und kräftig entwickelt sind. Die Entwicklungsmöglichkeit hierfür zu schaffen, kann nicht Aufgabe anderer Nationen sein, sondern sie ist nur durch die Arbeiterklasse des eigenen Landes zu erreichen. Eine Niederlage Deutschlands in dem gegenwärtigen Völkerringen würde diese Entwicklungsmöglichkeit stark herabmindern, deswegen muß die Arbeiterklasse in Deutschland eine solche Niederlage zu verhindern suchen.

Das Recht, welches die organisierten Arbeiter Deutschlands für sich in Anspruch nehmen, gestehen sie selbstverständlich auch den Arbeitern aller anderen Länder zu. Wenn die Gewerkschaftsorgane in Deutschland sich gegen Handlungen und Äußerungen der Gewerkschaften und der Arbeiterpresse in anderen Ländern gewandt hat, so nur dann, wenn diese entweder darauf hinausgingen, als wäre die deutsche Arbeiterklasse seit Ausbruch des Krieges der tiefsten Barbarei verfallen, oder wenn der Wunsch und Wille zum Ausdruck gelangte, Deutschland so niederzuwerfen, daß sein Handel und sein Wirtschaftsleben völlig vernichtet wird. Ein auch nur *) Dieser Artikel ist der „Internationalen Korrespondenz“ entnommen; er behandelt die Gestaltung des Gewerkschaftslebens in Deutschland während der Kriegszeit und atmet in seiner ruhigen Sachlichkeit den Geist, von dem die organisierte Arbeiterklasse bei uns beherbergt wird. Man kann hoffen, daß die Darlegungen Legiens im Auslande, an das sie besonders gerichtet sind, ebenso oder besser gewürdigt werden, wie die Berichte aus Deutschland, die in der ausländischen Arbeiterpresse seit Kriegsausbruch ein solches Bild von dem Wesen und der Stellung der deutschen Gewerkschaften während der Kriegswirren entrollen.

annähernd ähnlicher Gedanke ist in der Arbeiterpresse Deutschlands gegenüber einer anderen Nation nicht vertreten worden. Schlüssig genug, daß unsere Arbeitsgenossen sich mit der Waffe in der Hand im Felde gegenüberstehen müssen, furchtbar der Gedanke, daß viele, die ihr Bestes eingeleistet haben, um die Arbeiterklasse international zu vereinigen, auf den Schlachtfeldern verbluten. In diesem Verhängnis sollten wir uns genügen lassen. Darüber hinausgehend den Schein zu erwecken, als müßte ein unauslöschlicher Haß die Nationen dauernd trennen, kann nicht zum Guten führen. Wir werden nach dem Kriege genau so aufeinander angewiesen sein, als wir es früher waren. Dieser Gedankengang kommt in den Artikeln der Gewerkschaftsblätter, die sich mit der Stellung der Arbeiterklasse zum Kriege beschäftigen, zum Ausdruck.

In den Gewerkschaften selbst wird diese Auffassung geteilt, denn zu irgendwelchen Auseinandersetzungen über die Frage ist es nicht gekommen. Unsere Organisationen haben ihre erste Aufgabe in der Hilfeleistung der Not, die unvermeidlich infolge des Krieges bei weiten Schichten der Arbeiterbevölkerung eintreten mußte. Glücklicherweise ist nicht eingetreten, was von vielen Vertretern der Gewerkschaften befürchtet wurde. Das Wirtschaftsleben Deutschlands ist nicht zusammengebrochen. Sein Zusammenbruch hätte folgerichtig auch eine völlige Desorganisation der gewerkschaftlichen Organisationen gebracht. Die Arbeiter der Exportindustrie sind in den ersten Kriegswochen schwer betroffen worden. Eine bange Furcht veranlaßte die meisten Unternehmer, die Betriebe zu schließen. Die Gewerkschaften in diesen Industriezweigen standen vor der Gefahr, durch die Unterbrechung der Arbeitslosen in kurzer Zeit vollständig bankrott zu werden. Sie und gleichzeitig die meisten anderen Gewerkschaften sahen sich genötigt, einen Teil der statutarischen Unterstützungsrichtungen aufzuheben und die ganze Finanzkraft für die Unterstützung der Arbeitslosen einzusetzen. Um diese möglichst lange ausdehnen zu können, wurden die Unterstützungsätze bei vielen Organisationen vermindert. Andere wieder gewährten den Frauen der Mitglieder, die zum Kriegsdienst eingezogen, eine Unterstützung, obgleich diese, wie leicht erklärlich, nach dem Statut nicht vorgesehen war. Die am härtesten betroffenen Gewerkschaften erhielten während einiger Wochen von der Gesamtheit der Organisationen eine Beihilfe, so daß sie ihre Tätigkeit fortsetzen konnten. Die Ausgaben, welche die Gewerkschaften für Unterstützungen während der Kriegszeit hatten, will ich hier nicht angeben, um nicht der Schein zu erwecken, als sollten die hohen Summen nach außen hin wirken. Wer die Zahlen kennenlernen will, findet sie in der Gewerkschaftsorgane Deutschlands in den Berichten über den Stand der Organisationen.

In verhältnismäßig kurzer Zeit begann das Wirtschaftsleben Deutschlands sich wieder zu heben und dementsprechend die Arbeitslosigkeit sich zu verringern. Die erschreckend hohe Arbeitslosigkeit der Gewerkschaftsmitglieder in den ersten Kriegswochen ging erheblich zurück. Anfang September waren 21,2; am 31. Oktober 1914 nur 10,7 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder arbeitslos. Nach der amtlichen Statistik waren im November 1914 in den Gewerkschaften 8,3 Proz. Arbeitslose. Eine neue Erhebung von Gewerkschaftsseite wird erst Ende Januar erfolgen. Allerdings ist bei Beurteilung dieser Zahlen zu berücksichtigen, daß bis zum 31. Oktober 1914 insgesamt 661 005 Gewerkschaftsmitglieder zum Kriegsdienst eingezogen waren. Mittlerweile hat sich die Zahl noch wesentlich erhöht. Kommt von den Mitgliedern der Gewerkschaften somit während der Kriegszeit die schlimmste Not ferngehalten werden, so sah es bei den Unorganisierten recht traurig aus. Dem fortgesetzten Drängen der Gewerkschaften ist es zu danken, daß auch für diese durch viele Gemeinden Fürsorge getroffen worden ist. Was vor noch nicht langer Zeit in Deutschland als völlig unmöglich galt, hat sich in wenigen Wochen als leicht durchführbar erwiesen. Auch andere soziale Maßnahmen, die jahrelang von den Gewerkschaften vergeblich gefordert wurden, sind getroffen worden. Zu ihrer Durchführung sind die Gewerkschaften von der Regierung herangezogen worden und sie haben bereitwillig ihre Kräfte in den Dienst der Allgemeinheit gestellt. Vor wenigen Monaten noch wurden unsere Organisationen von den Unternehmern und von Seiten der Regierung als ein Fremdkörper im Wirtschaftsleben angesehen und behandelt. Heute weiß man den Wert dieser Vereinigungen zu schätzen.

Allerdings, wir hätten sehrnächst gewünscht, daß diese Anerkennung aus anderen Ursachen erfolgt wäre, als es jetzt ge-

Kalisch.

Von einem Lausitzer, der jetzt in der russischen Stadt Kalisch weilt, geht uns folgende Schilderung zu.

Ungefähr 10 Kilometer von der deutschen Grenze liegt das Städtchen Kalisch. Die Einwohnerzahl betrug vor dem Kriege 89 000, wovon ein sehr großer Teil deutscher Abstammung war. Die Deutschen sind bei Ausbruch des Krieges nach Deutschland geflohen. Viele mußten aber zurückbleiben und die schwere Zeit ertragen.

Bei uns wird viel darüber gegetert, wenn Polen, Italiener und Oesterreicher nach Deutschland kommen, um ihr Brot bei uns zu verdienen, aber hier in Rußland waren viele Deutsche, die sich in gleicher Lage befanden. Wir wollen deshalb diese Frage in der Zukunft anders bewerten und mehr noch als bisher Aufklärung über die Ursachen der Völkerwanderungen schaffen. Der Krieg sollte für die nur national Empfindenden eine gute Lehre sein, denn er zeigt uns recht deutlich, wie viele Deutsche sich in den bekämpften Ländern aufhielten und dort ihrem Erwerb nachgingen.

Hier in Kalisch war die Industrie stark vertreten, besonders die Textilindustrie. Ich hatte diese hier weniger vermutet und war erstaunt, als ich hörte, daß die besten Waren hier hergestellt werden. Es sind vor allem deutsche Unternehmer, die sich hier angehördelt haben. Eine große Seidenweberei mit Druckerei ist noch in gutem Zustande. Der Unternehmer ist ein Krefelder. Noch vor wenigen Jahren wurde die rohe Ware nach Krefeld gesandt, dort gedruckt und das fertige Produkt wieder nach Rußland transportiert. Jetzt war eine große Druckerei hier eingerichtet und die Zoll- und Transportspesen konnte die Firma sparen.

Die in dieser Fabrik noch lagernde Wolle und Baumwolle wird nach Deutschland gebracht, damit sie dort verarbeitet werden kann.

Auch Handschuh- und Strumpffabrikation war hier vertreten, was für die Textilarbeiter des Erzgebirges eine Konkurrenz bedeutet. Selbst Stickerien sind hier zu finden. Diese Betriebe waren mit den modernsten Maschinen ausgerüstet (Automat-Maschinen). Die Maschinen stammten aus der Maschinenfabrik in Plauen i. Vogtl. Die größte Stickerie

ist dem Kriege zum Opfer gefallen. Sie ist heute vernichtet. Die Maschinen sind aus allen Stockwerken in die Tiefe gestürzt und bilden nur noch einen wüsten Trümmerhaufen. Auch andere Betriebe wurden von demselben Schicksal betroffen. Daher ist auch jetzt die Arbeitslosigkeit, die Not und das Elend sehr groß. Nur eine Getreidemühle und eine Brauerei sind in Tätigkeit. Diese können aber nur sehr wenige Leute beschäftigen.

Die Juden treiben Handel mit allem möglichen. Sie nützen die Not der Bevölkerung gründlich aus, indem sie unerhörte Preise für die Waren verlangen. Dabei sind die Waren noch nicht einmal gut. Die Butter ist z. B. ohne jeden Geschmack, meist ganz ungenießbar. Nur das Fleisch ist hier billiger als bei uns in der Lausitz.

Die arme Bevölkerung, die nichts zu verlieren hatte, ist nicht geflohen. Sie mußte das Elend bis zur Neige auskosten. Man findet diese Armen zum größten Teil in Kellerwohnungen und in Hinterhäusern. In der Regel ist nur ein kleiner Raum für eine Familie vorhanden. Dieser dient als Küche, Wohn- und Schlafraum zugleich. Das menschliche Gefühl bäumt sich auf, wenn man solche Zustände sieht. Da, wo gerade das Militär einquartiert ist, erhalten diese armen Leute wenigstens etwas Brot und die Reste vom Mittagessen. Das ist für diese Leute eine große Hilfe.

Die „bessere“ Gesellschaft sieht man jeden Tag gegen Abend auf der Promenade und im Park spazieren gehen. Und die armen Teufel beginnen um diese Zeit die Trümmer abzuschleppen, um halbverrottes Holz einzusammeln, damit sie sich etwas erwärmen können. Das Elend kann man um die Mittagszeit so recht beobachten. Die armen Leute erhalten von der Stadtverwaltung Suppe und ein Stück Brot. Es sind immer an 700 Personen, die gespeist werden. Da sieht man Kinder, Männer und Frauen, denen man die Not nicht nur an den Kleidern, sondern auch an dem Gesicht ablesen kann. Von Kleidern kann man fast nicht sprechen; Lumpen sind es, in die sie den Leib eingehüllt haben. Die Kinder laufen mit zerrissenen Schuhen in der größten Kälte durch den dicksten Straßenkoth, ohne nur eine Miene zu verziehen.

Ich hatte in den Großstädten des In- und Auslandes viel Elend gesehen, da, wo die Kernstädte der Armen in enge Quartiere zusammengedrängt sind, aber so kraßes Elend hatte ich noch nicht gesehen. Dort war es eine alltägliche Erscheinung, hervorgerufen durch die wirtschaftlichen Verhältnisse; hier aber ist das Elend hervorgerufen durch den Krieg, der die Bevölkerung auf eine harte Probe stellt.

Wenn man mit der Bahn nach Kalisch kommt, bietet der Bahnhof schon ein Bild des Jammers. Er ist durch Feuer völlig zerstört und wird jetzt notdürftig wieder ausgebessert. Bis auf das Erdgeschoss ist das Gebäude vernichtet. Nur die Schornsteine ragen noch aus den Trümmern heraus. Die Güterschuppen sind gleichfalls ausgebrannt. Rechts vom Bahnhof steht ein Wasserurm. In den bloßgelegten Wasserfessel ist ein großes Loch jedenfalls von einem Geschöß geschlagen. Am Ende der Bahnhofstraße steht das Gebäude der Grenzwahe. Dort waren früher die russischen Grenzsoldaten untergebracht. Jetzt ist es deutsches Wachlokal. Geht man die Breslauer Straße entlang, nach der Stadt zu, so sieht man an den Häusern starke Spuren des Kampfes, der hier getobt hat. In einem dreistöckigen Hause sind an der Giebelseite in jeder Etage Schießlöcher eingehauen. Die Fenster sind fast alle entzwei. Bis hier heran sind die Zäungräber und Drahtverhaue gebracht. Es ist sehr schwer, darüber hinwegzukommen. Wer da hineingerät, kommt nicht mit dem Leben davon. Hier wurde der Kampf in erster Linie um den Bahnhof geführt. Die Stadt blieb dabei noch verschont. Es war das ... Regiment, das hier Einzug gehalten hat und von der Bevölkerung auch gut aufgenommen wurde. Die Soldaten sollten aber leider bald wahrnehmen, daß die Freundschaft nicht echt war. Als das Regiment ausmarschierte, wurde aus verschiedenen Häusern auf die Soldaten geschossen. Mehrere mußten dabei ihr Leben lassen. Nichts ist für den Soldaten gefährlicher, als wenn der Kampf auf so heimtückische Art geführt wird. Diesem Vorfall ist es zu danken, daß die Stadt verwüstet wurde.

Die Breslauer Straße, die Hauptstraße, hat am meisten gelitten. Anfangs sieht man nur einzelne Häuser vernichtet. Die alte Reformationskirche ist zusammengeschossen, weil auch

sehen. Gefommen wäre sie trotz aller Widerstände. Die ungeheuren Opfer an Menschenleben und Kulturgütern lassen nur schwer eine Genugtuung, viel weniger noch Freude an dem sozialen Fortschritt, der sich in Deutschland vollzogen hat, auffommen.

Berlin, Ende Januar 1915.

Erweiterung der Reichswochenhilfe.

In der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“, dem offiziellen Publikationsorgan der Regierung, ließ der Bundesrat seiner Bekanntmachung vom 3. Dezember 1914, betreffend Gewährung einer Reichswochenhilfe während der Kriegsdauer, Ende Januar eine neue Verordnung folgen. Diese Verordnung ergänzt die erste in verschiedenen Punkten und regelt zugleich — ebenfalls für die Dauer des Krieges — einige Einzelheiten aus dem Gebiete der Krankenversicherung. Diese Verordnung erkennt auch die Wochenhilfe den Frauen der Arbeiter zu, die vor ihrer Einberufung zwar Mitglied einer Krankenkasse waren, aber die Erklärung der Aufrechterhaltung ihrer weiteren Mitgliedschaft unterließen oder abzugeben vergaßen. Danach erhalten alle Frauen, deren Männer für das Deutsche Reich oder Oesterreich-Ungarn Kriegs- oder ähnliche Dienste tun und zur Weiterversicherung berechtigt waren, in der Eile und Aufregung aber von diesem Rechte keinen Gebrauch machten, die Wochenhilfe. Da das für unsere Leserinnen wissenswert ist, mögen sie sich damit vertraut machen. Es genügt zur Beantragung die Abmeldung des Ehemannes bei der Krankenkasse.

Weiter wird nach dieser Verordnung die Wochenhilfe aus Reichsmitteln nun auch ausgedehnt auf die Ehefrauen der Kriegsteilnehmer, die zur Schiffsbesatzung deutscher Seefahrzeuge gehören und deshalb nach der Reichsversicherungsordnung nicht gegen Krankheit versichert sind, und deren Einkommen 2000 Mark nicht übersteigt. Diese Seeleute gehören zu jener Gruppe von Personen, die nach der Reichsversicherungsordnung von der Krankenversicherung nicht deshalb ausgenommen sind, weil sie der Versicherung nicht bedürfen, sondern weil für sie in Krankheitsfällen anderweitig schon ausreichend gesorgt sei. Man hat nun eingesehen, daß kein Grund vorlag, die Ehefrauen dieser Seeleute schlechter zu stellen als diejenigen der sonst gegen Krankheit versicherten Personen und ihnen bei der Einberufung ihrer Ehemänner die Wochenhilfe zu versagen. Diese Seeleute gehören einer Krankenkasse nicht an, sie werden im Erkrankungsfalle von ihren Meedern unterstützt. Die Familien dieser Leute sind oft an zahlreichen Orten verstreut. Deshalb ist für diese Fälle das Zusammenwirken der Orts- oder Landkrankenkassen, zu deren Bezirk der Wohnort der Wöchnerin gehört, und der Seebereitschaften in Hamburg vorgezogen. Zur Beantragung der Wochenhilfe genügt schon, daß der Ehemann bis zum Ausbruch des Krieges zur Schiffsbesatzung gehört hat. Das ist wichtig für die Frauen, deren Männer bei Ausbruch des Krieges durch die allgemeine Unterbindung des Handels ihre Arbeit auf den Seeschiffen verloren und später zum Kriegsdienst einberufen wurden. Der Antrag auf Wochenhilfe ist in solchen Fällen an die für den Wohnort der Wöchnerin zuständige Orts- oder Landkrankenkasse zu stellen. Diese Kasse gibt den Antrag mit einer gutachtlichen Äußerung an die Seebereitschaft Hamburg, der die Leistung der Wochenhilfe obliegt, weiter. Die Berufsvereinschaft beauftragt die Krankenkasse mit der Auszahlung und eventuell auch mit der Kontrolle der stillenden Mütter, wofür der Vorstand der Berufsvereinschaft den ausführenden Rassen für jeden Fall 2 Mark Vergütung zahlen kann. Die Wochenhilfe, die durch das Reich getragen wird, ist in bar zu leisten. Ist die Wöchnerin aber selbst Mitglied einer Kasse, die fakungsgemäß Arzt- und Hebammendienste gewährt, so erhält sie diese Hilfe von ihrer Krankenkasse.

Ist ein Ehemann von der Versicherungspflicht befreit, so hat, wenn die Wöchnerin nicht selbst einer Krankenkasse angehört, die Kasse die Wochenhilfe zu leisten, der der Ehemann ohne die Befreiung hätte angehören müssen. Ist auch die Wöchnerin von der Versicherung befreit, so hat der Arbeitgeber der Kasse das Wochengeld so weit zu erstatten, als es nach der Reichsversicherungsordnung zu zahlen haben würde. Bei Wöchnerinnen, die auf Antrag des Arbeitgebers von der Versicherung befreit sind, hat dieser in den Fällen,

von hier aus auf die Soldaten geschossen worden war. Von hier ab sind dann beide Straßenfronten ein einziger Trümmerhaufen. Nur vereinzelt ist ein Haus stehen geblieben, und wie durch ein Wunder der Zerstörung entgangen. Links, an der ersten Brücke, steht ein großes neuerbautes Bankgebäude; das ist unversehrt. Auch die nächste Villa eines deutschen Brauereibesitzers zeigt nur Spuren von Geschossen, sonst ist das Gebäude noch erhalten. Weiter im Innern der Stadt steht kein Haus mehr. Auch die Nebenstraßen bis an die Artillerie-Kaserne bilden nur einen Trümmerhaufen. Das herrliche Rathaus ist vollständig ausgebrannt. Nur die nackten Mauern stehen noch.

Der erste Bürgermeister der Stadt hatte die Straflinge aus dem Gefängnis entlassen und sie auf die deutschen Truppen gehetzt. Er ist erschossen worden. Der zweite Bürgermeister ist in P., in deutscher Gefangenschaft. Die zerstörten Gebäude sind entweder ausgebrannt oder eingestürzt. Starke Eisenträger sind zerrissen und geknickt wie Palme. An der russischen Kirche, die nicht zerstört ist, sind einige Geschloßlöcher zu sehen. Die Kirche steht am Anfang der Breslauer Straße und ist ein sehr schönes Bauwerk. Jetzt ist sie geschlossen. Es ist gefährlich, durch die engen Straßen zu gehen. Die stehengebliebenen Mauerreste drohen fortwährend einzustürzen. In einzelnen ausgebrannten Häusern kleben in den Etagen die Kacheln wie Schwalbenester an den Wänden. Das schöne Theater ist auch ausgebrannt. Kurz: alles ein Bild der Verwüstung, was man hier sieht.

Glücklich das Land, das den Krieg nicht in seinem Innern hat. Ungeheuer große Werte werden vernichtet, die nur sehr schwer oder gar nicht mehr zu ersetzen sein werden. Jahre um Jahre werden vergehen, um das Alles wieder aufzubauen. Solche Ereignisse werden für immer in den Annalen der Geschichte verzeichnet stehen. Die Mehrzahl der Bewohner der zerstörten Straßen sind um ihre ganze Habe gekommen; sie konnten nichts in Sicherheit bringen. All dieses Elend ist nur wenigen deutschfeindlichen Subjekten zu danken. . . .

wo die Wöchnerin nicht als Frau eines Kriegsteilnehmers Anspruch auf Wochenhilfe hat, die Verpflichtung, der Krankenkasse das Geld so weit zurückzuerstatten, als die Reichsversicherungsordnung dies vorsieht, ohne daß er auf Rückerstattung dieser Beträge durch das Reich Anspruch erheben kann.

Diese neuen Bestimmungen der Wochenhilfe haben rückwirkende Kraft, das heißt, sie gelten ergänzend für die Bestimmungen vom 3. Dezember 1914. Worin die Reichswochenhilfe besteht, ist ausführlich gesagt in Nr. 50 — 1914 und Nr. 1 — 1915 unseres „Textilarbeiter“. Nochmals sei aber darauf verwiesen, daß den Wöchnerinnen, die selbst gegen Krankheit versichert sind, wenn sie nach den Satzungen ihrer Klasse Wochengeld zu fordern haben, auch dann ein Anspruch auf die Mehrleistung der Reichswochenhilfe zusteht, wenn ihre Ehemänner nicht Kriegs- usw. Dienste tun.

Die bisher allgemein in der Praxis geübte Auslegung der rückwirkenden Kraft der Verordnung vom 3. Dezember 1914, nach der den vor dem 3. Dezember entbundenen Wöchnerinnen nur der ab 3. Dezember noch zu zahlende Betrag des Wochen- und Stillgeldes gewährt wurde, hat neuerdings durch einen Regierungsbeamten, den Direktor des Obergerichtsamtens Gera, Regierungsrat Krause, eine andere Deutung erfahren. Der Herr Regierungsrat vertritt den für die Wöchnerinnen günstigeren Standpunkt, daß jede nach § 1 der Wochenhilfe berechnete Wöchnerin Anspruch auf sämtliche Leistungen aus § 3 (Text.-Arb. Nr. 50, 1914) und jede nach § 8 (Text.-Arb. Nr. 50, 1914) berechnete Wöchnerin Anspruch auf die Leistungen aus Ziffer 1, 3, 4 des § 3 der Reichswochenhilfe hat.

Es wäre im Interesse aller Frauen, die während des Krieges, aber vor Erlaß der Bundesratsverordnung entbunden haben, zu wünschen, daß diese gerechtere Auslegung des Herrn Regierungsrats Krause allgemeine Auffassung würde. Den Frauen, die in bitterer Not ohne materielle Hilfe entbunden wurden, wäre durch die nachträgliche Gewährung der Unterstützung sehr gedient. In ihrem eigenen Interesse sollten die Frauen versuchen, sich zu verschaffen, was ihnen nach der Auslegung, die dieser Beamte der Verordnung gibt, zu Unrecht vorenthalten wurde. Bei der Schwierigkeit, sich in den Bestimmungen und Auslegungen der Verordnung zurechtzufinden, tun alle Frauen gut, sich an die Arbeitersekretariate und, wo solche nicht vorhanden, an die Gewerkschaftsbüreaus zu wenden, um mit deren Hilfe ihre Rechte wahrzunehmen. Martha Hoppe.

Eine Vorstandskonferenz der gewerkschaftlichen Zentralverbände

tagte am 8. und 9. Februar in Berlin. Sie beschäftigte sich in der Hauptsache mit der Frage der gesetzlichen Neuorganisation der Arbeitsvermittlung. Es wurde allseitig der Wunsch ausgesprochen, eine gesetzliche oder bundesrätliche einheitliche Regelung der Arbeitsvermittlung noch während des Krieges herbeizuführen. Nicht allein während des Krieges, sondern auch in normalen Zeiten haben sich vielfach Unzulänglichkeiten bei der jetzigen Arbeitsvermittlung gezeigt, die aber noch größer werden würden, wenn nach Beendigung des Krieges der zu erwartende kolossale Anhang von Arbeitskräften nicht in die richtigen Bahnen geleitet werden würde. Eine gesetzliche Regelung der Arbeitsvermittlung wäre auch um deswillen notwendig, um die kommunale Arbeitslosenfürsorge wirksam durchführen zu können. Die von einer vorbereitenden Kommission aufgestellten Leitätze für eine solche gesetzliche Regelung der Arbeitsvermittlung wurden einer erweiterten Konferenz am 10. Februar vorgelegt. An dieser Konferenz nahmen außer den Zentralverbänden auch Vertreter der Kirch- und Arbeitervereine, christlichen und politischen Berufsverbände teil, weiter auch Vertreter amtlicher Körperschaften. Außer einigen unerheblichen Einwendungen kam auch diese Konferenz zu der Anschauung, daß eine gesetzliche Regelung der Arbeitsvermittlung angestrebt werden müsse. Eine dort gewählte Kommission, der Vertreter aller Organisationsrichtungen angehören, wurde beauftragt, die weiteren Vorarbeiten für eine Vorlage, die der Reichsregierung eingereicht werden wird, zu machen.

Die Vorstandskonferenz nahm zunächst einen Bericht der Generalkommission entgegen. Die von der Generalkommission mit verschiedenen amtlichen Ressorts geführten Verhandlungen wurden gebilligt, auch die Beteiligung an den vom preussischen Ministerium des Innern veranstalteten Lehrkursen über Volksernährung; der Generalkommission wurde nur anbeigegeben, auf Abstellung verschiedener Mängel, die beim ersten Kursus zutage traten, hinzuwirken.

Wegen der Rechtspredung des Reichsversicherungsamtes, wonach die von den Gewerkschaften an deren Mitglieder gezahlten Krankenunterstützungen auf die Leistungen der Krankenkassen angerechnet werden können, wurde die Generalkommission ersucht, auf eine anderweitige gesetzliche Regelung der Rechtslage hinzuwirken. Sollten diese Bemühungen keinen Erfolg haben, so müßten die Gewerkschaften zu einer Neuregelung ihrer Satzungen Stellung nehmen.

Die mit der Partei getroffenen Vereinbarungen über die Gehaltskürzungen der Angestellten während der Kriegszeit sollen auch weiter bestehen bleiben.

Aus dem Haushalt der Filiale Gera des Deutschen Textilarbeiterverbandes im Jahre 1914.

Die Verwaltung der Filiale Gera unseres Verbandes hat vor kurzem ihren Jahreskassenbericht versandt. Aus ihm geht hervor, daß der Etat jener Filiale einen erheblichen Umfang angenommen hat.

Es werden für die Mitgliederbewegung folgende zahlenmäßige Angaben gemacht:

Table with columns: Mitgliederstand (männlich, weiblich, Zusammen), am Beginn des Jahres, Ende, Verlust, and Mitgliederzunahme durch (Neuaufnahmen, Zureise, Uebertritt, Zusammen).

Table titled 'Mitgliederabnahme durch:' showing income and expenditure for the Gera branch. Includes columns for 'Einnahme' and 'Ausgabe' with various sub-categories like 'Kassenbestand', 'Krankenunterstützung', etc.

Die Abrechnung mit der Hauptkasse und der Stand der Lokalkasse sieht so aus:

Table showing 'Abzurechnen an die Hauptkasse' and 'Vermögensübersicht' with various financial entries and totals.

Das Ergebnis des Umsatzes der Extramarken wird sicher in Gera ebenfalls nicht als befriedigend angesehen werden.

Das Ergebnis der Reichswollwoche

Ist uns noch nicht in vollem Umfange bekannt, es muß aber, nach den Ergebnissen in einzelnen Orten zu urteilen, ein geradezu ungeheures sein. Sind doch in Berlin allein über 500 000 Pakete im Gewichte von 5 Pfund bis 5 Zentner eingeliefert worden. Die Reichswollwoche ist nun schon über einen Monat zum Abschluß gelangt. Dennoch kann man in den Annahmestellen immer noch erhebliche Vorräte an gesammeltem Wollmaterial liegen sehen, gleichsam, als wären sie ewiger Bergesheit anheimgefallen. Sollte das wirklich zutreffen, so würde es zu der Annahme berechtigigen, daß wir geradezu in der Wollle ersticken. Das wagen wir aber doch nicht anzunehmen. Oder hat sich der Abtransport all der Wollgüter nach den Bearbeitungsstätten noch nicht ermöglichten lassen? Oder fehlt es an Arbeitskräften für die Verarbeitung der Wollvorräte? Oder was ist sonst der Grund davon, daß so viele der spendenden Wollwäcker noch ihrer Verwendung harren? Wenn maßgebenden Ortes darüber Aufklärung gegeben würde, so würde vielleicht mancher Spender von dem nicht gerade beglückenden Gefühl befreit werden, mehr gegeben zu haben als gebraucht wurde und manches gegeben zu haben, was er jetzt selber recht gut brauchen könnte.

Aus der Bewegung in der Textilindustrie.

Deutsches Reich.

Um eine Teuerungszulage um 15-20 Proz. sind die Kollegen der Orte Landesbut, Blumentau, Lauban, Langenbielau, Peterswalbau u. a. an die Unternehmer herangetreten. In Anbetracht der fortwährend steigenden Kosten der Lebenshaltung wünschen wir ihnen die besten Erfolge.

Soziales.

Gewerbliche Rechtspredung. (Wozu Unternehmerorganisationen zu dienen haben.) Das hat in recht offener Weise in einem Urteilspruch vom 14. November 1914 der Oberste Gerichtshof — Oesterreichs enthüllt.

Herr Szalay, ein Mitglied der Vereinigung der Glaser, hatte Forderungen der Arbeiter gegen den ausdrücklichen Willen der Vereinigung bewilligt, weshalb die Vereinigung über ihn eine Geldstrafe von 1000 Kr. verhängte. Szalay erklärte, daß er die 1000 Kr. nicht bezahle, und erhielt dafür eine zweite Strafe von 1000 Kr. diktiert. Szalay ging zu Gericht und erklärte den hohen Herren, daß das Koalitionsgezet im § 2 jede Verabredung von Arbeitgebern, welche bezwecken, den Arbeitern eine Lohnverringerung oder überhaupt ungünstigere Arbeitsbedingungen aufzuerlegen, unwirksam mache, er daher zur Einhaltung

dieser Verabredung nicht verpflichtet sei und daher von seiner Vereinigung auch nicht bestraft werden konnte.

Der Oberste Gerichtshof antwortete Herrn Szalay folgendermaßen:

... Den organisierten Arbeitern gegenüber wird das wirtschaftliche Gleichgewicht im Wege der Organisation der Arbeitgeber hergestellt. Die Organisation wäre aber wertlos, wenn sie nicht Verabredungen zustande bringen dürfte, welche immerwährende Lohnerhöhungen und Erläuterungen von besseren Arbeitsbedingungen hintanzuhalten bestimmt sind. ...

Der Rechtspruch der Vereinigung besteht somit zu Recht. Szalay hat zu bezahlen. Dieses Erkenntnis stammt aus der Zeit des großen Krieges, der allenthalben über ganz Europa den Burgfrieden bringen und alle Gegensätze mildern sollte. Aus dem Erkenntnis des Obersten Gerichtshofes darf aber gefolgert werden, daß auch die Arbeiterorganisationen das Recht haben, ihre Mitglieder zu bestrafen, wenn sie sich eine Lohnreduzierung oder Verschlechterung des Arbeitsverhältnisses gefallen lassen. Denn: ... Den organisierten Unternehmern gegenüber wird das wirtschaftliche Gleichgewicht im Wege der Organisation der Arbeiter hergestellt. Die Organisation wäre aber wertlos, wenn sie nicht Verabredungen zustande bringen dürfte, welche immerwährende Lohnreduzierungen und Verschlechterungen von Arbeitsbedingungen hintanzuhalten bestimmt sind. ... Wir sind überzeugt: eine Gewerkschaft, die das tut, wird gerade von der Presse der organisierten Unternehmer als eine Bande von Erpressern bezeichnet werden. Aber die Probe auf das Exempel sollte gemacht werden. Wir glauben wenigstens, solches schon aus Oesterreich vernommen zu haben.

Wer bekommt Altersrente. Man hört jetzt in Arbeiterkreisen die Ansicht, während des Krieges werden keine Invaliden- und Altersrenten bewilligt, keine Renten für Witwen und Waisen. Auch das Heilverfahren, so heißt es, werde von der Anstalt nicht übernommen. Das ist alles durchaus falsch. Unsere Landes-Versicherungsanstalt Schleitens arbeitet jetzt ebenso wie in Friedenszeiten, bewilligt Renten und übernimmt auch Heilverfahren. Freilich müssen stets die gesetzlichen Voraussetzungen für die Renten und das Heilverfahren erfüllt sein. So erhält nicht jeder eine Altersrente, der 70 Jahre alt ist; es müssen auch die nötigen Marken geleast sein.

Wer im Jahre 1915 Altersrente verlangt, muß siebenzig Jahre zählen, dann aber geleast haben, wenn er nach dem Eintritt der Versicherung beschäftigt war:

1. als Arbeiter, Gehilfen, Gesellen, Dienstboten, Handlungsgehilfen, Betriebsbeamte	960 bis 1000 Marken
2. als Hausgewerbetreibende der Tabakfabrikation	920 " 960 "
3. als Hausgewerbetreibende der Textilindustrie mit Versicherungspflicht vom Jahre 1894	814 " 854 "
4. als Hausgewerbetreibende der Textilindustrie mit Versicherungspflicht vom Jahre 1896	760 " 800 "
5. als Lehrer, Lehrerinnen, Erzieher, Geschichtsstudien, sonstige Angestellte, deren dienstliche Beschäftigung ihren Hauptberuf bildet und dergl. für die der Versicherungszwang am 1. Januar 1900 eintrat	600 " 610 "
6. als Gehilfen und Lehrlinge in Apotheken, Bühnen- und Orchester-Mitglieder, die am 1. Januar 1912 versicherungspflichtig wurden	120 " 160 "

Bei den allermeisten Männern und Frauen, die jetzt eine Altersrente fordern, müssen mindestens 960 Marken geleast sein; sonst gibt es nichts. Es ist also dringend nötig, die Beiträge recht pünktlich zu zahlen. Jede Marke zählt. Wer nicht genug geleast hat, bekommt nie eine Altersrente.

Eine wichtige Entscheidung hat das Reichsversicherungsamt hinsichtlich des Krankengeldzuschusses, den die Gewerkschaften ihren Mitgliedern leisten, gefällt. Es handelt sich um die Auslegung des § 189 der Reichsversicherungsordnung, in dem es heißt: „Erhält ein Versicherter Krankengeld aus einer anderen Versicherung, so hat die Krankenkasse ihre Leistung soweit zu kürzen, daß das gesamte Krankengeld des Mitgliedes nicht übersteigt. Die Säzung kann die Kürzung ganz oder teilweise ausschließen.“ Einem Mitgliede des Fabrikarbeiterverbandes war von der Krankenkasse, bei der er versichert war, das Krankengeld auf Grund dieser Bestimmung gekürzt worden. Er erhob dagegen Klage beim Reichsversicherungsamt. Dieses wies ihn aber ab. Es hat dabei nicht übersehen, daß die Unterstützung, welche die Gewerkschaften leisten, keine Versicherung im Sinne der Reichsversicherungsordnung darstellt, aber dennoch zumungunsten des Klägers und damit der Gewerkschaften entschieden. Es stellte einfach einen neuen Grundsatz auf, nach dem als Versicherung jede Einrichtung anzusehen sei, die sich tatsächlich und wirtschaftlich als Versicherung darstelle, auch wenn kein Rechtsanspruch auf die Zuwendung bestehe, der Versicherte auf sie aber mit Gewißheit rechnen könne. Unter solchen Umständen wäre es für die Gewerkschaften ratsam, die Krankenunterstützung zu befeitigen, denn wenn das Reichsversicherungsamt bei seiner Entscheidung verharret, so nützt den Gewerkschaftsmitgliedern die Krankenunterstützung aus der Gewerkschaft wenig oder nichts und bereichert nur die Krankenkassen, erfüllt also ihren ursprünglichen Zweck nicht mehr, es sei denn, daß das Gesetz zu ihren Gunsten geändert wird oder die Kassenmitglieder darauf halten, daß die Säzung keine Bestimmung enthalte, nach welcher die Aufrechnung zulässig ist.

Berichte aus Fachkreisen.

Apolda. In der Textilindustrie herrscht seit Weihnachten 1914 eine kolossale Arbeitslosigkeit, die bis zum heutigen Tage immer größer wird. Viele Strickmaschinen in Fabrik- und Kleinwerkstätten stehen jetzt still, und es ist noch nicht vorauszuken, wann eine Besserung eintreten kann. Das Gewerkschaftskartell hatte am Dienstag, den 16. Februar, eine Arbeitslosenversammlung einberufen, welche sehr gut besucht war. In dieser Versammlung wurde nun eine Entschlieung angenommen, worin der Kartellvorstand beauftragt wurde, bei den maßgebenden Körperschaften nachstellig zu werden, damit Arbeitsgelegenheit beschafft wird. Durch Vermittelung des Kollegen Guberlet, welcher Vorsitzender des Kartells ist, mit dem Herrn Oberbürgermeister Stegmann

wurde am Sonnabend, den 20. Februar, im Gebäude der städtischen Sparkasse eine Sitzung, bestehend aus dem Kartellvorstand, Fabrikantenverein und der Wirkermeisterschaft, unter dem Vorsitz des Herrn Oberbürgermeister abgehalten; insgesamt waren es 15 Personen. Schließlich wurde man sich in den zweistündigen Verhandlungen vollständig einig, daß zur Steuerung der Arbeitslosigkeit in der Textilbranche eine sechs stündige Arbeitszeit nicht nur für Apolda, sondern für den ganzen zweiten Verwaltungsbezirk zur Einführung kommen soll. Zur Ueberwachung sollen aus den eingangs erwähnten Korporationen je zwei Mann einen gemeinsamen Ausschuß bilden, dem auch die Gesuche um etwaige Verlängerung der Arbeitszeit vorzulegen sind. Erlangen nun diese Beschlüsse Gesetzeskraft, woran der Oberbürgermeister Stegmann nicht zweifelte, dann wird in unserm Hauptberufe sicher noch so mancher Arbeitslose untergebracht werden und wieder zu etwas Verdienst kommen. Dasselbe trifft auch auf das weibliche Arbeitspersonal zu. Auf letzteres wurde zwar auch in dieser Sitzung hingewiesen und bemerkt, daß nun zum Frühjahr in der Landwirtschaft mehr weibliche Arbeitskräfte gebraucht werden, aber die geäußerten Bedenken, daß vielen unserer heimischen weiblichen Arbeitskräfte die Arbeit in der Landwirtschaft schwer fallen würde, kann man nicht so ohne weiteres von der Hand weisen. — In der gesamten Arbeiterschaft ist es nun, den gegebenen Verhältnissen Rechnung zu tragen und für Verwirklichung der gefassten Beschlüsse zu sorgen unter der Devise. Einer für alle, alle für einen!

Krefeld. Wir machen unsere Mitglieder darauf aufmerksam, daß Protokolle von der Generalversammlung in Dresden 1914 in unserem Bureau unentgeltlich abgeholt werden können; ebenso liegt ein Zeile in den Räumen der „Volkstribüne“ zur gefälligen Abnahme bereit. Die Ortsverwaltung.

Thalheim. Am Sonntag, den 21. Februar, hielt unsere Zillale im „Erbgerecht“ ihre Generalversammlung ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte man das Andenken der im vergangenen Jahre durch Tod von uns geschiedenen Mitglieder durch Erheben von den Plätzen. Den Jahresbericht erstattete der Geschäftsführer Voforn. Zur Mitgliederbewegung war zu berichten, daß die Geschäftsstelle am 1. Januar 1914 1382 männliche und 786 weibliche Mitglieder zählte. Leider hatte unsere Zillale im vergangenen Jahre nur 83 Neuaufnahmen zu verzeichnen, die im ersten Halbjahr durch Hausagitation gemacht wurden. Am Schluß des Jahres waren es 942 männliche und 703 weibliche Mitglieder, mithin ein Weniger von 543, wovon 343 zum Heeresdienst eingezogen sind (darunter 11 Verwaltungsmittglieder); die anderen 180 sind wegen schlechten Geschäftsganges zum größten Teil verzogen, denn die Arbeitszeit betrug in den Strumpfwirkerien (die ja die einzige Textilindustrie im Thalheimer Bezirk ist) seit Beginn des Krieges bis Jahresfrist mit nur wenigen Ausnahmen im Durchschnitt wöchentlich 16 Stunden. Hierzu ist dennoch zu bemerken, daß die Beitragszahlung immerhin pro Mitglied während des letzten Quartals 6 Beiträge, während des 3. Quartals 8 Beiträge, wogegen sie im 1. und 2. Quartal 13,3 betrug. Vorstehende Zeilen möchten diejenigen Mitglieder besonders beachten, welche seit Kriegsbeginn die Beitragszahlung gänzlich einstellen zu können. Eine rege Tätigkeit wurde auch in der Agitation entfaltet. Es fanden statt: Vorstandssitzungen 14, Mitgliederversammlungen 15, Vertrauensmännersitzungen 10, Lokalverwaltungssitzungen 5, Betriebsversammlungen 2, Tarifkommissionsitzungen 1, sonstige Sitzungen und Veranstaltungen 102, in Summa 149. In allen Sitzungen und Veranstaltungen hat der Geschäftsführer teilgenommen. Auch an Verwaltungsarbeiten fehlte es nicht; waren doch 495 Posteingänge, denen 176 Postausgänge gegenüberstehen, zu erledigen, aber besonders viel Zeit nahm die Erledigung der Verwaltungsarbeiten, die durch den Krieg sich nötig machten, in Anspruch, weil an 1287 Mitglieder in über 6000 Fällen Unterstützung gezahlt werden mußte. Die Arbeitslosenunterstützung erreichte während dieser Zeit die Höhe von 20 500,15 Mk. Die Einnahme der Zillalasse betrug im Berichtsjahr 57 169,88 Mk., darunter befinden sich: ein Kassenbestand von 1. Januar 1914 von 1313,42 Mk. und ein Zuschuß von der Hauptkasse in Höhe von 14 500 Mk. Die Ausgabe für die Hauptkasse betrug 33 478,42 Mk., für die Lokalkasse 6635,39 Mk. Unter anderem wurde vorausgabt: 20 749,75 Mk. für Arbeitslosenunterstützung, 3271,90 Mk. für Krankenunterstützung (ab 8. August wurde die Krankenunterstützung bis auf weiteres eingestellt), 1848,80 Mk. für Unterstützung an Frauen, deren Männer zum Kriegsdienst berufen sind. An die Hauptkasse wurden 14 702,94 Mk. gefandt. Die Zillalasse hatte am 31. Dezember einen Bestand von 2322,93 Mk., sowie ein Guthaben von 1242,76 Mark aufzuweisen. — Die zu dem Bericht gestellten Anfragen wurden zur Zufriedenheit der Fragesteller beantwortet. Von einer Neuwahl des Gesamtvorstandes wurde Abstand genommen; da aber der zweiseitige Vorsitzende zu einem anderen Beruf übergegangen und dadurch verhindert ist, allen nötigen Zusammenkünften beizuwohnen, soll in der nächsten Mitgliederversammlung eine Ergänzungswahl vorgenommen werden. Unter verschiedenen erörterte man mehrere Mißstände in Betrieben; besonders scharf setzte die Kritik an dem Zwei-Maschinen-system ein, welches nach Äußerungen der Firma Wilhelm Rudolf, bei der es bereits zur Einführung gelangt ist, verallgemeinert werden soll. Hier muß es Aufgabe der Arbeiterschaft sein, das Anstehen des Unternehmers resp. der Unternehmer, zwei derartig komplizierte Maschinen zu bedienen, ernstlich zurückzuweisen, da der Arbeiter sich an einer Maschine schon aufreiben kann. Mangel an Arbeitskräften ist ja auch nicht vorhanden. Sollte sich vielleicht in einem oder dem anderen Betriebe ein künstlich erzeugter Arbeitermangel bemerkbar machen, warum beschäftigt man da die Arbeiter wöchentlich nur 24 Stunden? — Des Weiteren wurde gewünscht, für Gewerkschaftsmittglieder zur weiteren Vorbildung wieder Diskussionsabende einzuführen. Diesem Wunsch wird Rechnung getragen werden. Zum Schluß forderte der Vorsitzende die Anwesenden auf, auch in dieser schweren Zeit treu zur Organisation zu halten und fernerrhin agitatorisch mit tätig zu sein.

Berlassen.

(Von einem Samtweber.)

Berlassen liegt der weite Saal, Wo Webstuhl sich an Webstuhl reiht, Nur meines Tritts gedämpfter Schall hallt durch die öde Räumllichkeit.

Nicht mehr der Arbeit Odem braust Pulsierend durch den weiten Raum, Nicht dreht sich Rad, nicht Welle faust; Wie unter schwerem, langem Traum.

So stehen die Webstuhl stumm und still, Kein Niemen schwirrt, der sie belebt; Die Spinne drauf in flinken Spiel leht kunstvoll ihre Netze webt.

Netzt braucht man Samt und Seide nicht, Nicht bunte Bänder, prächtig Tuch; Nur Linnen höchstens, weich und licht, Für Wunden, die das Eisen schlug.

Netzt braucht man Pulver, glühend Erz, Kampfen — ungeschälte Egar — Und Kugeln — für des Mannes Herz, Den schmerzlich einst ein Weib gear.

Wo find die, die tagaus, tagein Gewebt, gewirkt mit frischer Kraft, Die für ein liebes, trautes Heim stets unverdrossen hier geschafft? —

Wo ist der „Zupp“, der uns mit Scherz und Schalk gewürzt die herbe Fron; Wo ist der „Maal“, das brave Herz, Der für uns tritt um g'rechten Lohn? —

Wo find die hin, die allezeit zur Fahne standen fest und treu In einiger Geschlossenheit, Das Herz von jeder Jagheit frei? —

So frage ich bedrückt und bang, Da horch! — Ein Webstuhl raunt mir zu: „Den lust'gen „Zupp“, den deckt schon lang Die fremde, harte Erde zu.“

Der „Maal“, um den betrübt du greinst, Der für euch tritt so manches Mal, Der liegt — ein Schatten nur von einst — Hinfliegend jetzt im Hospital.

Die ändern — schau das Straßenbild, Dort schleichen sie, ihr Angesicht Von Hunger, der stets ungestillt, Von Gram und banger Sorge spricht.“ —

Der Webstuhl schwieg — ein Sonnenstrahl Durch die bestaubten Scheiben fiel Und trieb, hinhufschend durch den Saal, Im wirren Fadenetz sein Spiel.

Das arme Herz, von Sehnsucht schwer, Schlich ich betrübt und still mich fort. — O Friedenssonne, komm doch her, Bring Leben wieder an den Ort! . . .

Quittung.

Bei dem Unterzeichneten gingen im Februar ein aus: Brandenburg 10,45; Langenberg (Th.) 14,40; Finsterwalde 27,—; Großenhain 16,65; Glauchau 115,15; Schmolln 5,60; Landeshut 34,35; Gröna 15,10; Ludeowalde 44,70 Mk. Paul Wagener, Berlin S. 27, Andreasstr. 61, 3 Tr. Brambach (Bgtl.), 3,50 Mk. erhalten für Arbeitslosenunterstützung. D. Behms.

Verbandsanzeigen.

Bekanntmachungen.

Vorstand. Sonntag, den 7. März, lit der 10. Wochenbeitrag fällt.

Wir müssen dringend ersuchen, bei allen Geldsendungen an unseren Kassierer stets die Bestimmung der Gelder auf der Zahlkarte, Postcheckkonto 5386, anzugeben. Jede Sendung muß mit dem Stempel der Ortsgruppe versehen sein. Dasselbe wird hinsichtlich aller anderen Sendungen an den Vorstand wie auch an die Redaktion verlangt. Alles für diese Bestimmung muß auch von der übrigen Sendung getrennt gehalten sein. Zulandbriefe von 20—250 Gramm müssen mit 20 Pf. frankiert werden. Jeder Zuschrift soll die Absender ihre vollständige Adresse beifügen, damit man in den Fällen, wo sich eine Rückkehrung oder eine sonstige Sendung infolge der Zuschrift an den Absender notwendig macht, nicht erst lange nach dessen Adresse zu suchen braucht.

Das Mitgliedsbuch des Kollegen Wilhelm Anton Höbler, Fabrikarbeiter, St.-Nr. 153 733, ist bei den Unternehmern verloren gegangen; bei etwaigem Auffinden wolle man es einschicken. Höbler gehörte der Zillale Buchholz an.

Der Vorstand.

Ortsverwaltungen.

Frankfurt a. M. Zurufe wollen sich an Fridolin Herbert, Griesheim a. M., Werkhausstraße 15 I, wenden.

Totenliste.

Gestorbene Mitglieder.

Berlin. Herfort Harnisch, Seiler, 41 Jahre, †. Eisenberg (S.-M.). Robert Gloger, Weber, 62 J., Gehirnschlag. Kottbus. Ernst Werner, 55 Jahre. Limbach i. Sa. Hugo Künze, Mittelkrohnna, Spuler, 23 J. Neugersdorf-Kottmarsdorf. Aug. Richter, Weberin, 42 Jahre.

Redaktionschluß für die nächste Nummer Sonnabend, den 6. März

Verlag: Karl Hübsch. — Verantwortlich für die mit \odot versehenen Artikel Hermann Krätzig, für alles andere Paul Wagener. — Druck: Vornwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co. — Eämtlich in Berlin.

Neurode. Heinrich Pohl, Färber, 56 Jahre, Herzschwäche. Rowaves. Lstar Sommerfeld, Weber, 57 J., Leberkrankheit. Plauen i. V. August Dummig, Sticker, 69 J., Schlaganfall. Bedelbe. Katharina Olwig, Spinnlerin, 21 J., Lungenleiden. Waldkirch. Bingen Zentke, 29 Jahre, Halsoperation.

Im Felde gefallene oder infolge des Krieges gestorbene Mitglieder.

Aachen. Peter Kramp, Weber, 28 Jahre. Friedrich Wilhelm Schröder, Weber, 37 Jahre. Berlin. Erich Wendt, Weber, 22 Jahre.

Braunshweig. Heinrich Lorrh (oder Lirrh?), 35 Jahre. Braunschweig. Albert Golas, Carl Müller, Leon Kilmusch, Ivan Stohalsky, Karl Maleschek, Stefan Lubtblau, Heiner Born, Metro Jurko, Ivan Gorgelnith, Josef Plimwofa.

Burkhardsdorf. Willy Georg Uhlig, Komotau, Wirker, 24 J. Chemnitz. Arno Borwerf, Packer, 20 Jahre.

Elsterberg. Walter Reismann, 27 Jahre. Gera. Robert Thieme, Färber, 23 Jahre. Max Stöckigt, Weber, 26 Jahre.

Göppingen. Emil Müller, Weber, 34 Jahre. Greiz u. Umg. Robert Gahnwebach, Sticker, 30 Jahre. Hohenstein-Ernstthal. Richard Nagel, Weber, 21 Jahre. Krefeld. Sch. Driehsen, Färber, 23 Jahre.

Neugersdorf. Hermann Pappert, 27 Jahre. Reghstau. Hermann Bieh, Anleger, 23 Jahre. Plauen i. V. Otto Raub, 21 J. Reichenbach i. V. Andreas Rosenberger, 28 J. Otto Zobel, 23 J. Alfred Seyh, 20 J.

Ehre ihrem Andenken!

Zusammenkünfte.

Mitglieder-Versammlungen.

Aachen. Montag, 8. März, abends 8½ Uhr, bei Stupp. Duisburg. Sonnabend, 14. März. Kottbus. Sonnabend, 13. März, abends 8 Uhr, im „Spangert-Haus Kolkwitz“.